§ 0310 BGB

(1) § 305 Abs. 2 und 3 BGB, § 308 Nr. 1 BGB, § 308 Nr. 2 bis 8 BGB und § 309 BGB finden keine Anwendung auf Allgemeine Geschäftsbedingungen, die gegenüber einem Unternehmer, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen verwendet werden. § 307 Abs. 1 und 2 BGB findet in den Fällen des Satzes 1 auch insoweit Anwendung, als dies zur Unwirksamkeit von in § 308 Nr. 1 BGB, § 308 Nr. 2 bis 9 BGB und § 309 BGB genannten Vertragsbestimmungen führt; auf die im Handelsverkehr geltenden Gewohnheiten und Gebräuche ist angemessen Rücksicht zu nehmen. In den Fällen des Satzes 1 finden § 307 Abs. 1 und 2 BGB sowie § 308 Nr. 1a und 1b BGB auf Verträge, in die die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil B (VOB/B) in der jeweils zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses geltenden Fassung ohne inhaltliche Abweichungen insgesamt einbezogen ist, in Bezug auf eine Inhaltskontrolle einzelner Bestimmungen keine Anwendung.

(1a) Die §§ 307 BGB und 308 Nr. 1a und 1b BGB sind nicht anzuwenden auf Verträge über Geschäfte nach Satz 2, wenn ein Unternehmer das Geschäft, das Gegenstand des Vertrages ist, rechtmäßig gewerbsmäßig tätigt und den Vertrag geschlossen hat mit

- 1. einem <u>Unternehmer</u>, der solche Geschäfte am Ort seines Sitzes oder einer Niederlassung auch als Erbringer der vertragstypischen Leistung rechtmäßig gewerbsmäßig tätigen kann,
- 2. einem großen <u>Unternehmer</u> im Sinne des Satzes 3, der Geschäfte nach Satz 2 am Ort seines Sitzes oder einer Niederlassung auch als Erbringer der vertragstypischen <u>Leistung</u> rechtmäßig <u>gewerbsmäßig</u> tätigen kann.

Geschäfte nach Satz 1 sind

- 1. Bankgeschäfte im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 KWG (des Kreditwesengesetzes),
- 2. Finanzdienstleistungen im Sinne des § 1 Abs. 1a Satz 2 KWG (des Kreditwesengesetzes),
- 3. Wertpapierdienstleistungen im Sinne des § 2 Abs. 2 WpIG (des Wertpapierinstitutsgesetzes) und Wertpapiernebendienstleistungen im Sinne des § 2 Abs. 3 WpIG (des Wertpapierinstitutsgesetzes),
- 4. Zahlungsdienste im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 ZAG (des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes),
- 5. Geschäfte von Kapitalverwaltungsgesellschaften nach § 20 Abs. 2 und 3 KAGB (des Kapitalanlagegesetzbuchs) und
- 6. Geschäfte von Börsen und ihren Trägern nach § 2 Abs. 1 BörsG (des Börsengesetzes).

Ein <u>Unternehmer</u> ist als großer <u>Unternehmer</u> nach Satz 1 Nummer 2 anzusehen, wenn er in jedem der beiden Kalenderjahre vor dem Vertragsschluss zwei der drei folgenden Merkmale erfüllt hat:

- 1. er hat im Jahresdurchschnitt nach § 267 Abs. 5 <u>HGB</u> (des Handelsgesetzbuchs) jeweils mindestens 250 Arbeitnehmer beschäftigt,
- 2. er hat jeweils Umsatzerlöse von mehr als 50 Millionen Euro erzielt oder
- 3. seine Bilanzsumme nach § 267 Abs. 4a <u>HGB</u> (des Handelsgesetzbuchs) hat sich jeweils auf mehr als 43 Millionen Euro belaufen.

Satz 1 ist auch anzuwenden, wenn die folgenden Stellen eine der beiden Vertragsparteien sind:

- 1. die Deutsche Bundesbank,
- 2. die Kreditanstalt für Wiederaufbau,
- 3. eine Stelle der öffentlichen Schuldenverwaltung nach § 2 Abs. 1 Nr. 3a KWG (des Kreditwesengesetzes),
- 4. eine auf der Grundlage der §§ 8a und 8b StFG (des Stabilisierungsfondsgesetzes) errichtete Abwicklungsanstalt,

- 5. die Weltbank, der Internationale Währungsfonds, die Europäische Zentralbank, die nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, die Europäische Investitionsbank oder eine vergleichbare internationale Finanzorganisation.
- (2) Die §§ 308 BGB und 309 BGB finden keine Anwendung auf Verträge der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärmeund Wasserversorgungsunternehmen über die Versorgung von Sonderabnehmern mit elektrischer Energie,
 Gas, Fernwärme und Wasser aus dem Versorgungsnetz, soweit die Versorgungsbedingungen nicht zum
 Nachteil der Abnehmer von Verordnungen über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung von Tarifkunden
 mit elektrischer Energie, Gas, Fernwärme und Wasser abweichen. Satz 1 gilt entsprechend für Verträge über
 die Entsorgung von Abwasser.
- (3) Bei Verträgen zwischen einem <u>Unternehmer</u> und einem <u>Verbraucher</u> (Verbraucherverträge) finden die Vorschriften dieses Abschnitts mit folgenden Maßgaben Anwendung:
 - 1. <u>Allgemeine Geschäftsbedingungen</u> gelten als vom <u>Unternehmer</u> gestellt, es sei denn, dass sie durch den Verbraucher in den Vertrag eingeführt wurden;
 - 2. § 305c Abs. 2 BGB und die §§ 306 BGB und 307 BGB bis 309 BGB sowie Art. 46b EGBGB (des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche) finden auf vorformulierte Vertragsbedingungen auch dann Anwendung, wenn diese nur zur einmaligen Verwendung bestimmt sind und soweit der Verbraucher auf Grund der Vorformulierung auf ihren Inhalt keinen Einfluss nehmen konnte;
 - 3. bei der Beurteilung der unangemessenen Benachteiligung nach § 307 Abs. 1 und 2 BGB sind auch die den Vertragsschluss begleitenden Umstände zu berücksichtigen.
- (4) Dieser Abschnitt findet keine Anwendung bei Verträgen auf dem Gebiet des Erb-, Familien- und Gesellschaftsrechts sowie auf Tarifverträge, Betriebs- und Dienstvereinbarungen. Bei der Anwendung auf Arbeitsverträge sind die im Arbeitsrecht geltenden Besonderheiten angemessen zu berücksichtigen; § 305 Abs. 2 und 3 BGB ist nicht anzuwenden. Tarifverträge, Betriebs- und Dienstvereinbarungen stehen Rechtsvorschriften im Sinne von § 307 Abs. 3 BGB gleich.

Fassung ab 15. Dez 2023	
(Abs. 1a <u>neu</u>)	

Fassung bis einschl 14. Dez 2023

(1) § 305 Abs. 2 und 3 BGB, § 308 Nr. 1 BGB, § 308 Nr. 2 bis 8 BGB und § 309 BGB finden keine Anwendung auf Allgemeine Geschäftsbedingungen, die gegenüber einem Unternehmer, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen verwendet werden. § 307 Abs. 1 und 2 BGB findet in den Fällen des Satzes 1 auch insoweit Anwendung, als dies zur Unwirksamkeit von in § 308 Nr. 1 BGB, § 308 Nr. 2 bis 9 BGB und § 309 BGB genannten Vertragsbestimmungen führt; auf

die im Handelsverkehr geltenden Gewohnheiten und Gebräuche ist angemessen Rücksicht zu nehmen. In den Fällen des Satzes 1 finden § 307 Abs. 1 und 2 BGB sowie § 308 Nr. 1a und 1b BGB auf Verträge, in die die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil B (VOB/B) in der jeweils zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses geltenden Fassung ohne inhaltliche Abweichungen insgesamt einbezogen ist, in Bezug auf eine Inhaltskontrolle einzelner Bestimmungen keine Anwendung.

- (2) Die §§ 308 BGB und 309 BGB finden keine Anwendung auf Verträge der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärmeund Wasserversorgungsunternehmen über die Versorgung von Sonderabnehmern mit elektrischer Energie,
 Gas, Fernwärme und Wasser aus dem Versorgungsnetz, soweit die Versorgungsbedingungen nicht zum
 Nachteil der Abnehmer von Verordnungen über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung von Tarifkunden
 mit elektrischer Energie, Gas, Fernwärme und Wasser abweichen. Satz 1 gilt entsprechend für Verträge über
 die Entsorgung von Abwasser.
- (3) Bei Verträgen zwischen einem <u>Unternehmer</u> und einem <u>Verbraucher</u> (Verbraucherverträge) finden die Vorschriften dieses Abschnitts mit folgenden Maßgaben Anwendung:
 - 1. <u>Allgemeine Geschäftsbedingungen</u> gelten als vom <u>Unternehmer</u> gestellt, es sei denn, dass sie durch den <u>Verbraucher</u> in den <u>Vertrag</u> eingeführt wurden;
 - 2. § 305c Abs. 2 BGB und die §§ 306 BGB und 307 BGB bis 309 BGB sowie Art. 46b EGBGB (des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche) finden auf vorformulierte Vertragsbedingungen auch dann Anwendung, wenn diese nur zur einmaligen Verwendung bestimmt sind und soweit der Verbraucher auf Grund der Vorformulierung auf ihren Inhalt keinen Einfluss nehmen konnte;
 - 3. bei der Beurteilung der unangemessenen Benachteiligung nach § 307 Abs. 1 und 2 BGB sind auch die den Vertragsschluss begleitenden Umstände zu berücksichtigen.
- (4) Dieser Abschnitt findet keine Anwendung bei Verträgen auf dem Gebiet des Erb-, Familien- und Gesellschaftsrechts sowie auf Tarifverträge, Betriebs- und Dienstvereinbarungen. Bei der Anwendung auf Arbeitsverträge sind die im Arbeitsrecht geltenden Besonderheiten angemessen zu berücksichtigen; § 305 Abs. 2 und 3 BGB ist nicht anzuwenden. Tarifverträge, Betriebs- und Dienstvereinbarungen stehen Rechtsvorschriften im Sinne von § 307 Abs. 3 BGB gleich.

Fassung bis einschl 30. Sept 2021

(1) § 305 Absatz 2 und 3 BGB, § 308 Nr. 1 BGB, § 308 Nr. 2 bis 8 BGB und § 309 BGB finden keine Anwendung auf Allgemeine Geschäftsbedingungen, die gegenüber einem Unternehmer, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen verwendet werden. § 307 Abs. 1 und 2 BGB findet in den Fällen des Satzes 1 auch insoweit Anwendung, als dies zur Unwirksamkeit von in § 308 Nr. 1 BGB, § 308 Nr. 2 bis 8 BGB und § 309 BGB genannten Vertragsbestimmungen führt; auf die im Handelsverkehr geltenden Gewohnheiten und Gebräuche ist angemessen Rücksicht zu nehmen. In den Fällen des Satzes 1 finden § 307 Abs. 1 und 2 BGB sowie § 308 Nr. 1a und 1b BGB auf Verträge, in die die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil B (VOB/B) in der jeweils zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses geltenden Fassung ohne inhaltliche Abweichungen insgesamt einbezogen ist, in Bezug auf eine Inhaltskontrolle einzelner Bestimmungen keine Anwendung.

(2) - (4) ...